

Die Öffentlichkeit wird häufig ausgesperrt

Kritik an Informationspolitik

PWU und Grüne wollen von Bürgermeister Franz Schwarz besser unterrichtet werden

Von Claudia Henzler

Unterföhring ■ Vor der Gemeinderatswahl am 2. März wird Bürgermeister Franz Schwarz (SPD) erneut stark für die Informationspolitik der Gemeinde kritisiert. Andreas Kemmelmeyer, Gemeinderat und Bürgermeisterkandidat der PWU, beklagt sich über unzureichende Unterlagen für die Gemeinderäte. Wolfgang Stubenrauch, der mit seinem Antrag auf Akteneinsicht zum Geothermieprojekt gescheitert ist, fordert eine offensivere Öffentlichkeitsarbeit.

Zehn Vorschläge macht der Unterföhringer Wirtschaftsingenieur „zur Verbesserung der Transparenz“. Er schlägt beispielsweise vor, mehr als eine Bürgerversammlung im Jahr zu veranstalten und

wünscht sich, dass die Protokolle öffentlicher Gemeinderatssitzungen und Pressemitteilungen auf der Homepage der Gemeinde veröffentlicht werden.

Kemmelmeyer (PWU) und Stubenrauch, der bei der Gemeinderatswahl auf einem hinteren Listenplatz für die Grünen antritt, wünschen sich, dass die Öffentlichkeit besser darüber informiert wird, welche Themen in nicht-öffentlicher Sitzung behandelt werden. Wie berichtet, hat der Gemeinderat in der Vergangenheit beispielsweise über ein Weihnachtsgeld für Sozialhilfeempfänger und Zuschussanträge nicht-öffentlich beraten und entschieden. Auch der Haushaltsplan wird in Unterföhring unter Ausschluss der Öffentlichkeit vorberaten. Die PWU-Fraktion versuche, „so viele Tagesordnungspunkte wie mög-

lich öffentlich zu behandeln“, sagt Kemmelmeyer. „Leider haben wir nur die Möglichkeit, das zu Beginn der nicht-öffentlichen Gemeinderatssitzung zu beantragen. Oft unterliegen wir dabei.“

Kemmelmeyer kritisiert auch, dass Gemeinderäte sich nicht ausreichend auf Bauausschusssitzungen vorbereiten könnten. „Wir bekommen vorher nur eine nackte Tagesordnung und in der Sitzung vereinzelt Tischvorlagen.“ Warum die Mitglieder des Gemeinderates dies jahrelang hingenommen haben, könne er sich auch nicht erklären, sagt er. Einer Beschwerde bei der Kommunalaufsicht im Landratsamt gibt er wenig Erfolgchancen. Versucht habe er selbst es aber noch nicht, sagt er. Darüber, was in den öffentlichen Teil der Sitzung gehört, so räumt Kemmelmeyer ein, gebe es bei den

Unterföhringer Lokalpolitikern möglicherweise ein Informationsdefizit. Er sehe hier aber Bürgermeister und Verwaltung in der Pflicht, darauf zu achten, was öffentlich beraten werden muss.

Dass Schwarz in seiner Informationspolitik besonders zurückhaltend sei, macht Kemmelmeyer an einem Beispiel aus jüngster Zeit deutlich. So seien die Einwendungen zum Bebauungsplan Bürgerhaus in der Gemeinderatssitzung nur verlesen worden. Auch auf Nachfrage sei ihm die Stellungnahme des Straßenbauamtes nicht ausgehändigt worden.

Schwarz war die vergangenen zwei Tage nicht zu einer Stellungnahme zu erreichen. Der SPD-Ortsvorsitzende und dritte Bürgermeister Thomas Weingärtner hält die Informationspolitik der Gemeinde für ausreichend. *(Kasten)*